

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 88

Hauptredakteur: Dr. Evertz, Leipzig

Donnerstag, den 23. Januar

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

Denkschrift Wilsons über den Völkerbund

Die Organisierung des Völkerbundes

Paris, 23. Januar. (Drahtbericht.) Aus Paris wird gemeldet: Präsident Wilson hat nunmehr seine Denkschrift über den Völkerbund vollendet, die er der Friedenskonferenz vorlegen wird. Der Plan für den Völkerbund basiert auf genauen Studien der Denkschrift der Alliierten und insbesondere der französischen und britischen Auffassung, enthält auch viel von den Gedanken des General-Emuts und hat mehr Richtlinien für den Charakter als Anspruch auf einen persönlichen Plan des Präsidenten Wilson. Danach bilden Amerika und die assoziierten Regierungen den Kern des Völkerbundes, zu dem aber auch alle anderen freien Nationen Zutritt haben sollen. Es wird ein zwangsweises Schiedsgericht zur Vermidung von Kriegen vorgeschlagen. Deutschland und Rußland sollen erst dann als Mitglieder des Bundes aufgenommen werden, sobald der politische Zustand in diesen Ländern die erforderliche Stabilität erreicht hat.

Der polnische Vormarsch zum Stillstand gekommen

Elsfeld, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der „O.-A.“ meldet aus Danzig: Aus Thorn wird berichtet, daß der polnische Vormarsch an der ganzen polnischen Front zum Stillstand gekommen ist. Die Polen sind 10 Kilometer von Bromberg in ihrem Vorwärtsgehen gestoppt. Thorn ist bis jetzt überhaupt nicht bedroht. Der Druck des verfeindeten und jedenfalls wohlorganisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front bemerkbar.

London, 22. Januar. (Reuter.) Das Kommuniqué von Paris vom 22. Januar besagt: Der oberste Kriegsrat trat um 11 Uhr zusammen. Der Präsident der Vereinigten Staaten und die ersten Minister und Außenminister der Alliierten und assoziierten Mächte sowie die japanischen Delegierten Baron Makino und Matsuoka berieten über die polnische Frage, über die sie Marshall Foch zu Rate zogen. Sie beschloßen, sofort eine aus je zwei Delegierten (eines Zivilbelegierten und eines militärischen Delegierten) der Vereinigten Staaten, Frankreichs, des Britischen Reiches und Italiens bestehende Kommission nach Polen zu entsenden. Hierauf nahmen die Minister die Untersuchung der russischen Frage wieder auf. Präsident

Wilson verlas einen Antrag, über den heute nachmittags drei Uhr verhandelt werden soll.

Die amerikanischen Lebensmittel-Lieferungen für Deutschland

Man schreibt uns: Nach Meldungen aus Trier über die vereinbarten Lebensmittellieferungen für Deutschland sollen wir zunächst 200 000 Tonnen Brotgetreide erhalten. Was diese Menge für unsere Vorkriegslieferung bedeutet, erkennt man aus einem Vergleich mit der Einfuhr von Brotgetreide im letzten Jahre vor dem Kriege. Unter Berücksichtigung unserer sehr bedeutenden Ausfuhr an Roggen und der Ausfuhr von Weizen, die etwa den 5. Teil der Einfuhr ausmachte, hatten wir im Jahre 1913 einen Einfuhrüberschuß von 1,4 Millionen Tonnen Brotgetreide. Die uns jetzt in Aussicht gestellten 200 000 Tonnen bedeuten mithin nur den siebenten Teil der Jahreszufuhr vor dem Kriege. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß wir im Jahre 1913, ebenso wie in dem vorausgegangenen Jahre, eine ungewöhnlich gute Ernte hatten. Unser Einfuhrbedarf war infolgedessen verhältnismäßig gering. Wenn also unserer Vorkriegslieferung eine durchgreifende Hilfe zuteil werden soll, dann bedarf es im Laufe dieses Wirtschaftsjahres noch weit größerer Mengen an Brotgetreide. Ferner sind uns 70 000 Tonnen Schweinefleisch in Aussicht gestellt. Hier ist ein Vergleich mit der Friedenszeit kaum möglich, weil Deutsch und in normalen Zeiten den überwiegenden Teil seines Bedarfs an Fleisch aus der eigenen Viehzucht deckte. Im Jahre 1913 wurden rund 21 000 Tonnen Schweinefleisch und 32 000 Tonnen Rindfleisch eingeführt. Die in Aussicht stehenden 70 000 Tonnen Fleisch würden mithin unsere Einfuhr im Jahre 1913 um 17 000 Tonnen überschreiten.

Basel, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.) „Times“ melden aus Paris: Die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland ist beschlossen. Vorher ist aber die Erfüllung gewisser Sicherheiten gegenüber den Alliierten von Deutschland zu fordern. Ueber die Art dieser Sicherheiten geben die Beratungen in Paris weiter. Die erste Bedingung ist die unbedingte Sperre der deutschen Grenze gegen das bolschewistische Rußland.

Basel, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Auf Vorschlag Wilsons ist eine Kommission gebildet, die in der nächsten Woche die deutschen Großstädte besuchen wird. Die bisherigen Feststellungen der Alliierten haben kein entscheidendes Bild des von Deutschland benötigten Lebensmittelbedarfs ergeben.

Zur Stadtverordnetenwahl

Von Justizrat Dr. C. Janda.

Nun ist das Bild der Nationalwahl in der Hauptsache geklärt und einigermaßen vertraut; so kann sich jetzt die Aufmerksamkeit ungeteilt zu der Gemeindevahl wenden, die inzwischen sehr nahe gerückt ist. Auch hier geht es um Großes. Auch das neue Kollegium wird wichtige „verfassungsgebende“ Aufgaben zu erfüllen haben. Wenn die staatliche Gesetzgebungsmaschine erst wieder in Gang gebracht sein wird, dann werden die Gesetze zur Neuordnung wie die Pflze aus der Erde schießen und die Gemeinden werden die Neuordnung ihrerseits ortsgeliegender vollziehen müssen. Die bösen Juristen werden sich beliebt machen können. Wer das Stadtverordnetenkollegium als „reine Verwaltungskörperschaft“ bezeichnet, irrt sich.

Es geht um die Festlegung der Grundlagen des Gemeindelebens. Es wird unendlich viel darauf ankommen, in welchem Geiste an diese Arbeit herangetreten wird. Soll es der Geist des linken Flügels der Sozialdemokratie sein? Das kann verblüffend werden. Zwar machen bei der Wahl am 19. Januar die vereinigten bürgerlichen Stimmen im eigentlichen Stadtgebiet nicht die absolute Mehrheit aus, aber ebensowenig ist dies bei dem Stimmen der U. S. P. der Fall. Für die Wahl am 26. Januar müßte sich das Verhältnis für die Bürgerlichen noch etwas günstiger gestalten, denn zur Stadtverordnetenwahl ist der wesentliche Wohnsitz des Wählers in Leipzig erforderlich, so daß also die vorübergehend Anwesenden, deren Zahl sich auf etwa 40 000 beläuft, für diese Wahl ausfallen. Immerhin wird es zur absoluten Mehrheit der bürgerlichen Stimmen nicht kommen und das Jünglein an der Wage im Kollegium werden die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei sein.

Aber auch dieses „zweifelhafte“ Ergebnis kann nur erreicht werden, wenn die bürgerlichen Wählerinnen und Wähler restlos ihre Pflicht tun. Die Wahlschlachten vom 19. Januar beweisen, daß der Ruf der U. S. P. an die Wählerschaft der richtige war. Der Erfolg wird verbende Kraft ausüben und der Partei noch manchen Schwankenden zuführen. Es muß aber erwartet werden, daß nun auch jeder Demokrat die politische Schulung beweist, den Wahlzettel seiner Partei zu seiner Stimme zu machen. Zersplitterung schwächt die Stohkraft der Partei. Der vom wirtschaftlichen Bürger-Wahlanschub geprägte Satz, daß die Politik von der Stadtverordnetenwahl zu trennen sei, ist unrichtig und verwirrend. Es ist ein Lieberbleibel aus dem begrabenen Dreiklassenwahlrecht. Die neue Zeit, nicht die von heute allein, sondern die Entwicklung greift viel weiter zurück, hat uns alle umgewandelt, es hat dem deutschen Volke politische Orientierung gegeben. Die macht auch nicht halt von dem Stadtverordnetenfaule. Unsere großen Gemeinwesen sind die wichtigsten Bestandteile des Staates, ihr Wohl fällt mit dem Wohle des Staates zusammen, und durch das Recht der Selbstverwaltung sind dem Gemeinwesen Staatsaufgaben in die Hände gelegt. Solche Aufgaben sind aber nicht zu lösen, ohne daß grundsätzliche, große politische Linien festgelegt und eingehalten werden. Werden die Wahlen nach den wirtschaftlichen Interessen einzelner Bevölkerungsguppen abgestellt, so werden kleinliche Interessenkämpfe in die Verhandlungen hineingetragen, die einheitliche politische Linie wird aufgelöst und das, was vorgeht, sind willkürliche, häufig wechselnde, der Stabilität entbehrende Ergebnisse. Nicht zu Unrecht hängt man im Sprachgebrauch der Bezeichnung der hauptsächlichsten Beratungsgegenstände das Wort „Politik“ an; man spricht von Wohnungspolitik, Verkehrspolitik, Mittelstandspolitik und dergleichen. Man kann an solche Fragen von dem verschiedensten politischen Standpunkte aus herantreten, gewiß, aber man wird nie darum herumkommen, sich allgemeine Grundlagen der Beurteilung aus seiner Politik, die man vertritt, zu schaffen. Wer es nicht tut, der arbeitet dilettantisch. Es bleibt ein weiter Spielraum auch innerhalb dieser Grenzen für die individuelle Auffassung und Behandlung der Dinge.

Daß nicht die Politik an sich Gegenstand der Verhandlungen sein darf, nicht der Stadtverordnetenfaule die Stätte ist, um politische Propaganda zu treiben, ist selbstverständlich. Einzelne Extraktoren wird man hinnehmen müssen, aber erfahrungsgemäß zwingt die Fälle des zu bewältigenden Arbeitsstoffes immer wieder von selbst zu sachlicher Arbeit.

Bei dieser sachlichen Arbeit ist auch für den Politiker selber selbstverständlich, daß letzten Endes das Wohl der Stadt über die Parteipolitik geht. Nur liegt in dem Saße der Denkschrift, als ob es sich um a priori gegensätzliche Begriffe handele. Das be-

Mißglückter Putsch gegen das Hamburger Stadthaus

Schleierchen von den Dächern.

Hamburg, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Gestern nachmittags kam es vor dem Gemeindefaule in Hamburg während der Sitzung des Großen Arbeiterrats zu Tumulten der von Spartakiden angeführten Arbeitlosen, die vom Arbeiter-Rat verlangten, daß die Maschinenwerke, die zum Schutz des Hauses aufgestellt waren, und ein Sicherheitsband entfernt werden. Als das Auto abfuhr, wurde es von der Menschenmenge gestört. Um 10 Uhr abends verzüchten die Spartakiden einen Putsch gegen das Stadthaus, das Hauptquartier des Sicherheitsdienstes, sie wurden jedoch zurückgewiesen. An verschiedenen Stellen der inneren Stadt fehlten sie sich auf den Dächern fest und unterhielten von dort aus ein lebhaftes Feuer. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Es heißt, daß 4000 bolschewistische Matrosen aus Cuxhaven zur Unterstützung der Auführer nach Hamburg unterwegs seien. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um über die Stadt hinweg zu verhindern. Das Publikum darf von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens die Straßen nicht betreten. Alle Lokale werden um 7 Uhr abends geschlossen.

Hamburg, 23. Januar. (Drahtbericht.) Gegen 8 Uhr abends waren die gestürzten Wachtlokalen 6, 7 und 8 wieder zurückeobert. Die Demonstranten haben sich mit Gewalt in der Landesberichtschaft festgesetzt und wollen dort ihr Hauptquartier einrichten. Gestern gegen Abend kam es auch am Hauptbahnhof und in der Gegend des Hafens zu Schieberien, die von den Spartakiden veranlaßt waren. Der militärische Sicherheitsdienst, der etwa 8000 Mann Infanterie und Kanallerie zur Verfügung hat, beschäftigt, mit aller Schärfe weitere Kravalle zu verhindern, um Vorkommnisse wie in Berlin zu verhindern. Der Hauptbahnhof wurde vom Infanterie-Regiment 31 besetzt. Ferner sind die Wandsbeker Husaren zur Sicherung des Hauptbahnhofs befohlen worden.

Hamburg, 22. Januar. (Drahtbericht.) Der wegen des Putschversuches in Schußhaft genommene Redakteur Uhter wurde mit den beiden ehemaligen Mitgliedern der Nachrichten-Präsidenten des A- und S.-Rates Wolf und Freund heute aus der Schußhaft entlassen.

Der Belagerungszustand in Hamburg aufgehoben

Hamburg, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Soeben ist der Belagerungszustand in Hamburg aufgehoben worden, nachdem der Soldatenrat 8000 Mann Truppen in Hamburg

zusammengezogen hatte. Es ist jetzt festgestellt, daß in der Nacht auf Dienstag die Sicherheitsmannschaften mehrere Lokale bei den Gesandten mit den Spartakiden verloren haben.

Die Bremer Ärzte und Apotheker drohen mit dem Streik

Bremen, 23. Januar. (Drahtbericht.) Die Ärzte Bremens, einschließlich der in öffentlichen und privaten Anstalten sowie in Lazaretten beschäftigten, haben beschlossen, ihre Tätigkeit einzustellen, sobald durch politische Streiks der Verkehr in Bremen sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kohlen, Gas, Elektrizität oder Wasser in gefährdender Weise unterbrochen wird oder von der Regierung aus politischen Gründen Verhaftungen Bremer Einwohner angeordnet oder zugelassen werden. Die Mitglieder des Vereins der Bremer Apotheker haben gleichfalls einstimmig den Beschluß gefaßt, im Falle eines Streikes der Ärzte ihre Apotheken für jeden Verkehr zu schließen.

Spartakus rächt sich

Elsfeld, 23. Januar. (Drahtbericht.) Durch einen Zug bewaffneter Spartakiden, denen offenbar der gute Wahlausfall der Liste Koch mißfallen hatte, wurde gestern gegen das Wahlbureau der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei ein Gewaltakt verübt. Die Lokale wurden besetzt und das gesamte Wahlmaterial vernichtet.

Liebknecht-Demonstrationen

Danzig, 23. Januar. (Drahtbericht.) Hier ist heute der Generalstreik als Protest gegen die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs proklamiert worden. Die Betriebe stehen still, alle Geschäfte sind geschlossen.

Elsfeld, 23. Januar. (Drahtbericht.) Die Spartakiden beschloßen, beim Arbeiterrat von Barman die Umlaufung der Allee in Karl-Liebknecht-Straße und beim Arbeiterrat in Elsersfeld die Umlaufung der Königsstraße in Rosa-Luxemburg-Straße zu erwirken. Ferner soll der Kaiserplatz in Barman zu Ehren des Barmer Arbeiterrichters Bernhard Möller, der bei den letzten Kämpfen in Berlin gefallen ist, umgetauft werden.

Mülheim (Ruhr), 23. Januar. (Drahtbericht.) Die sozialistische kommunistische Partei veranstaltete aus Anlaß des Todes Liebknechts und Rosa Luxemburgs eine Demonstrationsoberammlung und einen Demonstrationsszug. Vom Rathausbalkon herab wurden Reden gehalten. Die Kundgebung verlief in ruhiger Weise.

Stimmt bei der Stadtverordnetenwahl deutsch-demokratisch!
Liste Janda-Tegeier.